

Spandauer Zeitung

Einzelnnummer 10 Pfennig.

Bezugspreis: Wöchentlich 36 Pf. und 4 Pfennig für Botenlohn. Beim Bezug durch die Postanstalten für den Monat 1.80 M. auschl. Postgeb. — Im Falle von Betriebsänderung, Streit oder Ausperrung hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Nachlieferung oder Rückerstattung des Bezugspreises. — Druck u. Verlag: Stürath & Co., Spandau. — Verantwortl. Schriftleiter: für Politik Dr. Bruno S. Kahn, Wilmersdorf, für Lokales und den übrigen Teil Georg Eichenbach, für Anzeigen Bruno S. Kahn, beide Spandau.

General-Anzeiger für Spandau und Umgegend

Ämtliches Organ

mit rechtsverbindlicher Publikationskraft

für staatliche und kommunale Behörden

Erscheint täglich nachmittags

mit Ausnahme der Sonn- und gesetzlichen Festtage. Geschäftsstelle Berlin-Spandau, Neuenhörder Straße 101. Fernruf: Alle Anschläge unter Sammelnummer 4071.



Regelmäßige Beilagen:

Wöchentlich: „Spand. Anzeiger“, „Spand. Roman“, „Die Frau und ihre Welt“, „Der Kleinrentner“, „Reise u. Verkehr“, 14 tgl.: „Die bunte Fachseite“, „Film“.

Anzeigenpreise: Die jebegeben. Kolonnenzeile oder deren Raum 36 Pf., die dreizehn. Zeile 1.80 M. — Maximalhöhe beträgt Sonderaufschlag. — Beilagengebühr 30 Pf. für das Teilend. Offertengebühr 30 Pf. — Keine Gewähr für Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen oder Stellen. — Empfänger Preisnachlass erklärt bei gerichtlicher Einziehung und Konkurs. — Gerichtsstand Spandau. — Bankkonten: D. D. Bank, Depositen-Kasse Spandau; Spandauer Bank, Spandau. — Postfach e. c. Konto: Berlin N.W. 7. Nr. 1707.

Nummer 98.*

Donnerstag, 27. April 1933.

40. Jahrgang.

Der Gernegroß der „Kleinen“.

Die schönen Tage von Iranjuez, will sagen, von Socarno usw., sind für Herrn Beneš unwiederbringlich vorüber. An den Ufern des Lago Maggiore und am Genfer See drängte er sich immer wieder erfolgreich in die Rolle des Zwischenträgers und Vermittlers, auch zwischen England und Frankreich, hinein. Die Schwergewichte der europäischen Politik und die diplomatischen Beziehungen haben sich in den letzten Jahren nun doch so verschoben, daß Herr Beneš eigentlich niemand mehr braucht.

Um seinen quacksilbrigen Betätigungsdrang, der sich auch in der äußeren nervösen Beweglichkeit des kleinen Mannes spiegelt, eine neue Grundlage zu schaffen, hat er vor einiger Zeit die Kleine Entente in eine neue Organisationsform gebracht, aus der er einen Großmachtanspruch der außenpolitisch von ihm geführten Gruppe ableiten möchte. Daß der Zusammenstoß bei den vollkommen auseinanderstrebenden außenpolitischen Notwendigkeiten und handelspolitischen Belangen nur ein ganz künstlicher und papierener sein kann, das sieht er nicht. In diesem Hauptzweck hat er ein neues Podium. Von diesem Podium hat er jetzt eine weltpolitische Vorlesung „An alle!“ gehalten. Wie wichtig er sich vorkam, geht schon daraus hervor, daß er seinen tschechisch-nationalistischen Herzen die Verteilung einer deutschen Uebersetzung noch vor Beginn seiner Rede abgerungen hat. Und dann dauerte das Kolleg drei Stunden.

Es ist nicht besonders verwunderlich, daß Herr Beneš gegenüber Mussolini den Mund sehr voll nimmt, während er gegenüber Hitler kanstere Töne anschlägt. Italien liegt etwas ferner. Da gibt es keine Grenzberührungen. Mussolini ist es aber schließlich auch gewesen, der den Wortführern der Kleinen Entente am empfindlichsten auf die Hühneraugen getreten hat. Er ist eben der Urheber jenes Planes, der ein Machtdirektorium der vier europäischen Großmächte anstrebt. In diesem Plan und auch in den anschließenden diplomatischen Unterhaltungen ist der Großmachtanspruch der Kleinen Entente abgewiesen worden. Das hat vor allem auch darin seinen Grund, daß die Mächte der Kleinen Entente ebenso wie Polen nicht Träger einer europäischen Revisionspolitik sein können, sondern ihre Gegenstände sein müssen. Deshalb — so verkündete der frühere Geschäftsreisende der Kleinen Entente — „steht der Biermächtigkeit in der italienischen Fassung einen großen Schritt nach rückwärts in der Entwicklung Europas nach dem Kriege dar“. Die Kleinen Staaten könnten es sich nicht gefallen lassen, daß ihnen durch eine Gemeinschaft der Großmächte Entscheidungen aufgezwungen würden. Herr Beneš übersteht vollkommen, daß die Tschechoslowakei ebenso wie Polen ihr Leben aus einem zwischen den Großmächten geschlossenen Vertrag ableiten, und daß darum diese Mächte ein erhöhtes moralisches Recht darauf haben, die Vereinbarungen von 1919 zu verbessern, wenn sie zu der Erkenntnis einer Fehlentscheidung gelangt sind. Eine Veränderung der Grenzen, wie sie Beneš theoretisch als möglich bezeichnet, nämlich lediglich durch eine unmittelbare Einigung zwischen den beteiligten Staaten unter Ablehnung jedes äußeren Druckes, kann niemals zu einer wirklichen Revision führen. Oder hält er es wirklich für möglich, daß eines Tages die Polen von Nürnberg übermännlich werden und dem Deutschen Reich den Korridor als Weihnachtsgeschenk unter den Christbaum legen könnten? Da geht doch schon der Versailler Vertrag mit dem Artikel 19 der Völkerbundsakte erheblich weiter. Herr Beneš sagt es ja auch klar heraus, daß ihm nur kleinere Veränderungen oder Anpassungen irgendwelcher Grenzbestimmungen, und zwar im Geist der Ruhe nach einer Reihe von Jahren unge störter Zusammenarbeit der betreffenden Völker und — gegen gleichwertige Gegenleistungen“ vorzuschweben. So kommen wir selbstverständlich nicht vom Fleck. Die blutenden Grenzen Deutschlands im Osten haben ebenso wie die Verstimmlung Ungarns ständige politische Brandherde geschaffen. Sie können nur zum Erlöschen gebracht werden, wenn eine europäische Feuerwehr in Tätigkeit tritt. Die Revision ist nur denkbar, wenn durch das Zusammenwirken von Großmächten ein starker politischer und diplomatischer Druck ausgeübt wird, hinter dem die entsprechenden militärischen und wirtschaftlichen Machtmittel stehen müssen. Der Weg zu einem solchen Zusammenwirken ist gewiß noch sehr weit. Aber der Vorkurschlag Mussolinis wollte wenigstens unter gleichzeitiger erneuter Betonung des Revisionsgrundgesetzes den Weg der Entwicklung öffnen.

Wir haben keine Ursache, uns in Verhandlungen über dieses Thema mit der Tschechoslowakei oder mit einer anderen Macht der Kleinen Entente einzulassen. Die Dinge werden zwischen Berlin, Rom, Paris und London zu erledigen sein, und zur Zeit sind die Linien der europäischen Politik nach Washington hin verlängert worden.

Sicherheit durch Abrüstung.

Eine Forderung Amerikas.

Genf, 27. April. Der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz hat gestern nachmittag mit der artikelweisen Beratung des englischen Abrüstungsabkommensentwurfes, und zwar zunächst der Sicherheitsbestimmungen, begonnen. Schon nach kurzer Aussprache gerieten die Beratungen ins Stocken, da die amerikanische Regierung ihre grundsätzliche Haltung zu den Sicherheitsfragen von der Entscheidung über die materiellen Abrüstungsfragen abhängig macht und ferner das Ergebnis der Washingtoner Besprechungen abwarten will. Der Hauptausschuß sah sich daher gezwungen, heute nach einer kurzen Sitzung die Verhandlungen bis auf Freitag zu vertagen. Das Präsidium der Konferenz ist zu Donnerstagvormittag einberufen worden, um zu den neuentstandenen Schwierigkeiten in den Verhandlungen Stellung zu nehmen. Gleichzeitig wird bekannt, daß der amerikanische Vertreter Norman Davis am Freitag nach London reist, um an den Beratungen des Organisationsausschusses für die Weltwirtschaftskonferenz teilzunehmen.

In Konferenzkreisen besteht der Eindruck, daß zunächst bis Anfang Mai zwangsläufig ein gewisser Stillstand in den weiteren Verhandlungen eintreten wird und daß die Konferenzarbeiten in einer sachlich fördernden Weise erst dann weitergeführt werden können, wenn zwischen den Großmächten eine grundsätzliche Einigung über die Hauptfragen der Abrüstung und Sicherheit erzielt worden ist. Andererseits verheißt man sich nicht, daß sichtbare Fortschritte der Konferenz bis zum Beginn der Weltwirtschaftskonferenz am 12. Juni dringend notwendig sind.

In der gestrigen Sitzung des Hauptausschusses gab der amerikanische Vertreter Norman Davis eine sehr bedeutungsvolle Erklärung ab, in der er im Auftrag seiner Regierung mitteilte, daß die Vereinigten Staaten noch nicht in der Lage wären, zu dem im ersten Teil des englischen Entwurfes vorgeschlagenen Konjunktivpakt endgültige Stellung zu nehmen. Norman Davis erklärte weiter, daß die Haltung der Vereinigten Staaten zu dem geforderten Ausbau der Sicherheitsgarantien sehr wesentlich von dem Maße der Abrüstung abhängt, das auf der Konferenz erreicht werde. Die Abrüstung müsse wesentlich und erdgültig sein. Die amerikanische Regierung sei bereit, sehr weitgehende Anstrengungen zur Aufrecht-

erhaltung des Friedens zu machen, wenn die Friedenssicherung durch reale gegenseitige Maßnahmen einer progressiven Abrüstung gewährleistet sei. Sie sei in wachsendem Maße zu der Ueberzeugung gelangt,

daß die Rüstungen eine Quelle politischer Spannungen und Unsicherheit seien und daß durch eine Abrüstung weitgehende Sicherheitsmaßnahmen geschaffen werden könnten,

die den Staaten die Möglichkeit nehmen würden, erfolgreich einander anzugreifen. Dieses Ziel könne auf zwei Wegen erreicht werden: durch die Aufgabe der Waffen, die sich besonders für den Angriff eignen, und durch die Schaffung einer wirksamen und dauernden Kontrolle der Rüstungen. Norman Davis schlug sodann vor, daß vor der endgültigen Entscheidung über die Sicherheitsfragen zunächst ein anderes Kapitel des Abkommens behandelt würde, vor allem zunächst der Artikel 94, in dem die Dauer des Abrüstungsabkommens auf fünf Jahre festgesetzt wird. Jegliche Entscheidung hänge zunächst von dieser Frage ab.

Die weitere Erörterung zeigte, daß Präsident Henderson mit seiner Forderung, die Sicherheitsdebatte fortzusetzen und nach Annahme der Artikel 1 und 2 auch noch über den entscheidenden Artikel 3 (Konjunktivpakt) abzustimmen, nicht durchdrang. Henderson, dessen innere Erregung unverkennbar war, mußte schließlich die Verhandlung vertagen, da sich niemand mehr zum Wort meldete. Botschafter Ludlow gab im Laufe der Debatte eine Erklärung ab, wonach Deutschland die den Konjunktivpakt behandelnden Artikel 1 bis 5 des englischen Entwurfes annimmt.

Die logische Konsequenz, die sich aus der heutigen Erklärung von Norman Davis ergibt, wäre, daß man sich nunmehr sofort dem Abrüstungsteil des englischen Entwurfes zuwendet. Ob man sich allerdings dazu entschließen wird, wird allgemein als zweifelhaft angesehen. Auf deutscher Seite wird die amerikanische Erklärung warm begrüßt, da sie in hohem Maße dem deutschen Standpunkte Rechnung trägt, nach dem die Lösung der Sicherheitsfrage von der endgültigen Regelung der Abrüstungsfrage abhängig ist und eine wesentliche Herabsetzung der Rüstungen die entscheidende und geeignetste Garantie der Sicherheit darstellt.

Schacht fährt heute.

Berlin, 27. April. Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat sich nach Hamburg begeben, von wo er im Laufe des heutigen Tages mit der „Deutschland“ die Reise nach Amerika zur Teilnahme an den Vorbereitungen für die Weltwirtschaftskonferenz antreten wird. In seiner Begleitung fahren Reichsbankdirektor Dr. Nordhoff, Ministerialamtmann Propp und Ministerialdirigent Berger. Der Dampfer trifft voraussichtlich am 5. Mai in New York ein.

Eine Zuntansprache Luthers.

Washington, 27. April. Der neue deutsche Botschafter Dr. Luther erläuterte in einer von der National Broadcasting Company im ganzen Lande verbreiteten Zuntansprache den außenpolitischen Standpunkt des Reichskanzlers Adolf Hitler. Er wies dabei auf die programmatische Rede vom 23. April hin, in der der Reichskanzler den Friedenswillen Deutschlands und die Bereitschaft zur Mitarbeit an der Weltwirtschaftskonferenz betonte und übersteigerte autarkische Tendenzen ablehnte. Gleichzeitig erklärte Dr. Luther, daß Deutschland Gleichheit in der Bewaffnung, allgemeine Abrüstung und Anerkennung seines elementaren Rechtes, sich als souveräner Staat zu betätigen, fordere.

Die Londoner Presse mit dem Ergebnis der Washingtoner Besprechungen MacDonalds zufrieden.

London, 27. April. Die Londoner Presse ist mit dem Ergebnis des soeben abgeschlossenen Besuchs MacDonalds in Washington sehr zufrieden. Sie ist der Meinung, daß der Besuch befriedigender ausgefallen sei, als ursprünglich gehofft wurde. Der „Times“-Korrespondent in Washington glaubt, daß MacDonald sein Ansehen in Amerika ungemein erhöht habe und doch Aussicht auf eine weitgehende englisch-amerikanische Uebereinstimmung bestehe. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt, das Ergebnis der Besprechungen Roosevelt's mit MacDonald auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet sei notwendigerweise etwas unbestimmt. Auf politischem Gebiet dagegen seien zwei wichtige Ergebnisse zu verzeichnen, nämlich die Ansicht Roosevelts, daß sich die Vereinigten Staaten an einen Konjunktivpakt beteiligen sollten, und seine entgegenkommende Haltung in der Frage eines Waffenaustrittsverbot's gegenüber kriegsführenden Staaten.

Zusammentritt des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes.

Genf, 27. April. Der Verwaltungsapparat des Internationalen Arbeitsamtes trat heute vormittag zu seiner 62. Tagung zusammen. Der neue Vertreter der deutschen Regierung im Verwaltungsrat, Ministerialdirektor Dr. Engel, wurde von dem Vorsitzenden mit freundlichen Worten begrüßt, die der deutsche Vertreter ebenso freundlich erwiderte. Der französische Gewerkschaftsvertreter Jouhaux hielt es für angebracht, auf die Nichtanwesenheit des deutschen Gewerkschaftsvertreters Leuchner hinzuweisen. Der deutsche Regierungsvertreter erklärte, Leuchner habe mitgeteilt, unter den gegenwärtigen Umständen halte er es für zweckmäßig, an der Tagung des Verwaltungsrates teilzunehmen. Dr. Engel betonte, er könne ausdrücklich erklären, daß die deutsche Regierung auf Leuchner keinerlei Zwang ausgeübt habe. Als später Jouhaux nochmals die Angelegenheit Leuchner zur Sprache bringen wollte, wurde ihm vom Vorsitzenden das Wort mit der Bemerkung abgeknippt, Leuchner habe dem Direktor des Internationalen Arbeitsamtes mitgeteilt, es sei ihm nicht möglich, an der Tagung teilzunehmen. So lange keine weiteren Mitteilungen von Leuchner vorlägen, könne der Verwaltungsrat sich nicht damit befassen. Der Verwaltungsrat wendete sich den Gegenständen seiner Tagesordnung zu.